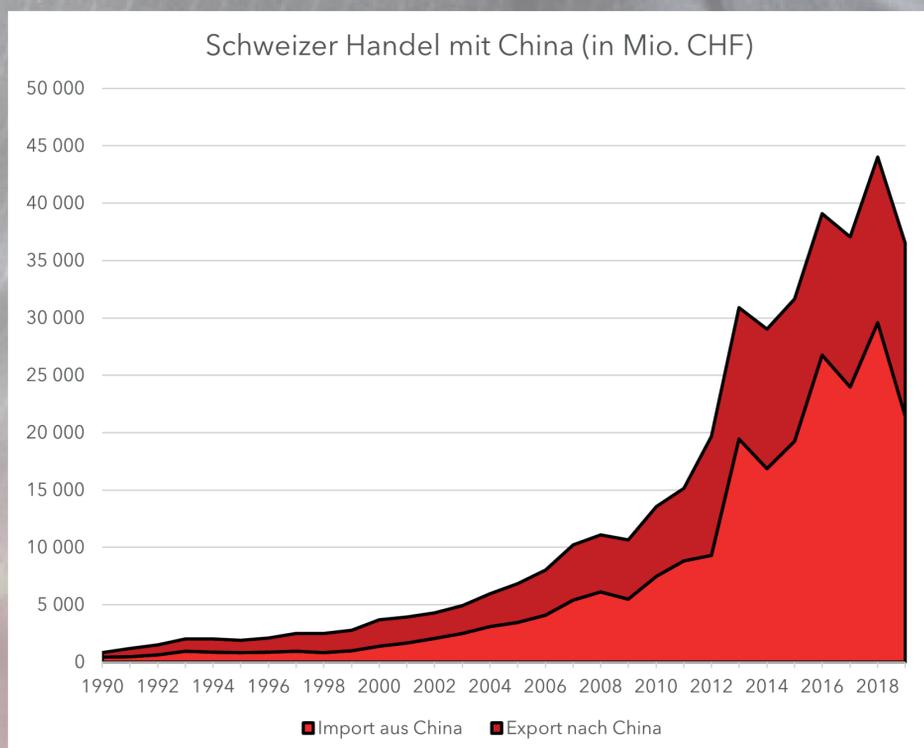




Das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China: Wirkungen, Risiken und Zukunftsperspektiven

Ausgangslage

In den letzten Jahrzehnten hat China wirtschaftlich und politisch stark an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung beeinflusst auch die Schweiz: Die grafische Darstellung des bilateralen Handels der beiden Länder über die letzten 30 Jahre verdeutlicht diese neue Rolle Chinas. Um die Schweizer Wirtschaft an die neuen Gegebenheiten anzupassen und für die Zukunft zu rüsten, schloss die Schweiz 2013 als erstes kon-



tinental-europäisches Land ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik ab.

Zielsetzung

Ziel meiner Arbeit ist es, den Umfang und die Auswirkungen des Abkommens, unter Berücksichtigung der Menschenrechtssituation in China, zu analysieren. Da das Abkommen und die daraus resultierenden Prozesse noch neu sind und sich laufend verändern, gibt es wenig Fachliteratur und wissenschaftliche Artikel. Um dennoch ein genaues und aktuelles Bild der Situation zu erhalten, habe ich Interviews mit drei Experten aus der Wirtschaft sowie aus einer Menschenrechtsorganisation geführt.

Auswirkungen auf den Handel

Hauptbestandteil des Abkommens sind Zolltarifsenkungen, die den Handel zwischen den beiden Ländern fördern sollen. Mittels mehrerer Methoden zur Wirkungsmessung kam ich zum Schluss, dass das Abkommen den Handel zwischen den beiden Ländern tatsächlich intensiviert. Exporte von Schweizer Produkten nach China werden in Zukunft noch stärker von den Zolltarifsenkungen profitieren, da diese über 15 Jahre gestaffelt gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Martin Hirzel, Präsident der Swissmem, bestätigte diesen Eindruck im Interview. Die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie profitiere deutlich vom Abkommen, Schweizer Produzenten können sich dank der gesparten Zollgebühren vermehrt auf dem chinesischen Markt durchsetzen.

Menschenrechte

Im Gespräch mit Thomas Braunschweig, Experte für Handelspolitik beim Public Eye, zeigten sich zwei Hauptproblematiken in Bezug auf die Menschenrechte, beide sind an die Zwangsarbeit geknüpft.

Einerseits ermutigt das Abkommen Schweizer Produzenten, vermehrt Produkte nach China zu exportieren. So werden beispielsweise Schweizer Maschinen zollbegünstigt nach China verkauft und später für Zwangsarbeit verwendet. Die Kontrolle der Arbeitsbedingungen bei chinesischen Kunden ist laut Braunschweig nicht mehr möglich, Zwangsarbeit werde bewusst und gut verdeckt eingesetzt.

Andererseits erhalten chinesische Produkte durch die Zolltarifsenkungen auf dem Schweizer Markt einen Vorteil gegenüber anderer ausländischer Konkurrenz. Ohnehin günstige Artikel, die aus Zwangsarbeit stammen, werden in der Schweiz so zusätzlich gefördert.

Risiken

Auch politisch birgt das Abkommen einige Risiken. Durch das starke Wachstum des Handels steigt die Abhängigkeit von China. Das Freihandelsabkommen könnte diese Fokussierung auf China zusätzlich verstärken – eine Vermeidung ebendieser Abhängigkeit ist seit Anfang 2021 offiziell Teil der Schweizer China-Strategie.